

Enteignung statt Transfergesellschaft - Perspektiven für die Beschäftigten von Galeria Karstadt Kaufhof

Antragsstellende:

KV Rhein-Sieg, Angela Bankert

Der Landesparteitag möge beschließen:

Der Landesverband NRW der Partei DIE LINKE fordert die Enteignung der Signa Holding sowie die Übernahme der Kaufhäuser in städtischer Trägerschaft (bspw. als AöR). Dabei sollen die entstehenden AöRs demokratische Satzungen erhalten, die eine Beteiligung von Kommune, Beschäftigten und Stadt- bzw. Gemeindegesellschaft ermöglichen und sie in die Lage versetzen Konzepte für die Weiternutzung der Häuser zu entwickeln. Die Beschäftigten sollen in den TVöD übernommen werden.

Begründung:

Auch in unserer Partei wird oftmals die Auffassung vertreten, dass mit der Schaffung einer Transfergesellschaft eine Erleichterung für die vom Arbeitsplatzverlust betroffenen Beschäftigten verbunden wäre.

Untermauert wird diese Betrachtung mit dem Argument, dass die Kolleg*innen in der Transfergesellschaft Weiterbildungsangebote sowie über einen längeren Zeitraum eine angemessene Bezahlung erhalten würden.

Ein Blick in die Funktionsweise einer Transfergesellschaft zeigt jedoch ein anderes Bild. So erhalten die Beschäftigten in der Übergangsphase, die meistens nur wenige Monate andauert, eine Bezahlung auf dem Niveau des Arbeitslosengeldes I, welches jedoch aus staatlichen Mitteln auf einen etwas höheren Betrag aufgestockt werden kann. Praktisch wird also staatlicherseits die Lohnfortzahlung übernommen, während sich der Konzern, der mit seinem Missmanagement für den Arbeitsplatzabbau gesorgt hat, aus der Verantwortung stiehlt. Dies können und sollten wir als sozialistische Partei nicht unterstützen.

Eine wirkliche Verbesserung der Lebensverhältnisse kann nur durch eine Jobgarantie für die Kolleg*innen erreicht werden. Dafür müssen wir uns mit der Signa Holding anlegen und ihre Enteignung fordern. So können die Kaufhäuser in städtische Trägerschaft überführt werden und unsere Kolleg*innen ihre Jobs behalten.

Ausserdem ist es auch aus politischen Gründen wichtig die Enteignungsfrage wieder in den Mittelpunkt zu rücken. Der Abbau von Arbeitsplätzen ist keine Tragödie oder Unglück, sondern logische Folge eines Wirtschaftssystems, welches auf Profiten und Wachstum basiert. Sind die Kapitalist*innen nicht mehr in der Lage diese zu schaffen, werden die Verluste ihres Missmanagements auf die Gesamtgesellschaft abgewälzt. Es ist Grundkonsens in unserer Partei, dass wir dieses System überwinden wollen. Dafür ist der Besitz an den Produktionsmitteln unbedingte Voraussetzung.